

Nach Übereinstimmung aller drei Regierungsparteien zum Budget kommen müsse. Es weigert sich also, nötigenfalls einverstanden mit den Sozialdemokraten die Demokraten zu überstimmen. So wird unser Genosse in der Nationalversammlung in recht schmerzlicher Weise zum Treibhause gebracht, doch sie auf sich allein gestellt noch nicht die Herren der Situation sind. Vergleicht man damit die Beziehungen in anderen westeuropäischen Ländern, so steht man freilich, doch dort der Einfluss der sozialistischen und Arbeitgeberparteien noch geringer ist als bei uns. Unsere Hände sind wahrhaftig noch nicht in den Himmel geworfen, und die russischen Treibhausefulturen eisern nicht zur Nachbildung an.

Leider erhaben wir sehr wenig von dem wirklichen Stande der Dinge in Russland, aber aus dem Wenigen geht doch hervor, daß dort die Betriebsräte so gut wie ausgeschaltet sind, und daß von der vom Staat angestellte hochbesoldete Betriebsräte dort eben willkürlich wirtschaftet wie in kapitalistischen Staaten der Unternehmer. Das ist denn auch wahrscheinlich kein Wunder, denn der Einfluß der Arbeiter auf die Betriebe hängt in erster Linie von ihrer Bildung und ihrer Tätigkeit ab, die formalisierte Verziehung des Betriebes in die Geschäftswirtschaft zu begreifen. Darin sind die russischen Arbeiter noch weit zurück, und Bestimmungen, die auf ein Blatt Papier geschrieben sind, können das Fehlende nicht erschaffen.

Der jetzige Stand der Dinge in Deutschland rechtfertigt aber noch immer die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, der Nationalversammlung gelingen wird, in hartem Kampf und schwerer Arbeit etwas brauchbares zu bringen. Es mag dann die Aufgabe der Arbeiter selbst sein, die ihnen erreichten Rechte durch verständnisvollen Gebrauch zu erhalten.

#### **Das Kabinett und das Betriebsrätegesetz**

Berlin, 26. November. Das Kabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage des Betriebsrätegesetzes beschäftigt, dessen wichtigster Paragraph heute in der Kommission in erster Lesung zur Abstimmung steht. Es gab einstimmig keine Anträge dafür hinzu, daß das Gesetz vor Beginn der Weihnachtsferien in allen drei Sitzungen verabschiedet und daß es von der Zustimmung der Regierung billiges Vorrecht gebragen werden müsse.

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat gelern und vorgenommen in ausdehnenden Beratungen nicht nur sich mit den frühtigen Punkten des Betriebsrätegesetzes — Einsichtnahme in die Bilanz und Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat — befürwortet, sondern auch zur allgemeinen politischen Lage Stellung genommen, die durch einen Zuspruch der demokratischen Minister an den Reichstag erlangt und durch eine Zustimmung der Kabinettsregierung erzielt wurde. Am Schlus der vielfältigen Erörterungen hat sich die Fraktion darüber geeinigt, den beiden anhörenden Mehrheitsfraktionen neue Vorschläge über die frühtigen Punkte zu machen. Es sind Anträge in Vorbereitung, die noch nicht formuliert sind. Die entscheidende Sitzung des Ausschusses findet heute vormittag um 10 Uhr statt. Die demokratische Fraktion wird im Ausland erklären lassen, daß sie bereit sei, weiter zu verhandeln, augenscheinlich aber nicht in der Lage ist, den Anträgen der beiden anderen Parteien zuzustimmen.

#### **Um Nächstes Resistenzpolitis**

In der gestrigen Sitzung der Volkskammer stand w. a. eine Interpellation des Abg. Blüher zur Beratung, der Auskunft darüber haben wollte, ob bei Durchführung des neuen Reichsteuerergesetzes auch die Interessen der Steuerbeamten in Staat und Gemeinden genügend berücksichtigt werden würden. Hätten sich die Verhandlungen allein darauf beschränkt, würden sie gewiß trocken und rubig mit der Verjährung der Regierung abgeschlossen haben, alles tun zu wollen, daß die berechtigten Ministranten der Steuerbeamten berücksichtigt würden. Aber schon der Interpellant hielt es für nötig, dem Finanzminister nächste für sein angeblich energetisches Auftreten gegen die überkürzte Reichsteuerergesetzgebung zu danken und einige Fragen der Reichsteuerergesetzgebung zu berühren. Daburch wurde Nächstes Resistenzpolitik gegen Erzberger zum Mittelpunkt der Debatte, besonders nachdem der Finanzminister bei Beantwortung der Interpellation selbst darauf eingegangen war.

Das gab dem sozialdemokratischen Redner, Genossen Nächste, Veranlassung, entchieden von diesem Verhalten des jüngsten Finanzministers abzurücken und darauf hinzuweisen, daß durch passive Hilfestellung nichts als eine Abschaltung Sachsenlands erzielt werden könne. Ueberdies sprach dieses Vorgehen nicht von einer gerechten Bürigung der Schwierigkeiten bei der Reichsteuerergesetzgebung, die eine Befreiung erforderlich. In der Debatte traten alle bürgerlichen Redner auf die Seite des jüngsten Finanzministers und brachten so ihre Unbeschwerung vor der nötig gewordene scharfe Besteuerung von Besitz und höheren Einkommen wie ihr Widerstreben gegen die Erhöhung der eingestaatlichen Steuerhöhe zum Ausdruck. Doch zeigte sich, daß in den bürgerlichen Reihen die Haltung durchaus nicht einheitlich war.

Es wäre verfehlt, diese Oppositionspolitik gegen die Reichsteuerergesetzgebung tragisch zu nehmen, sie ist im Gegenteil nur zu begreiflich, aber kein Zeichen einer tiefen Einsicht in die steuerlichen Notwendigkeiten, die die Not der Zeit gebietet. Unsre Genossen muhten aber befunden, daß sie mit dieser etwas partiziparistischen Widerhaarigkeit nichts zu tun haben wollen. Damit dürfte es sein Gewissen haben, wenn der Finanzminister nicht gewillt ist, die Dinge auf die Spize zu treiben. Aus seiner letzten Neuerzung aber schien hervorzugehen, daß er diese Absicht nicht habe.

Im übrigen wurde noch die Frage umstritten, ob man Rüschläge für Gemeinden zur Reichsteuerumverteilung fordern sollte. Auch das wurde von den bürgerlichen Rednern befürwortet, während von sozialdemokratischer Seite solche Rüschläge als eine Durchlöcherung der einheitlichen und damit gerechten Steuererhebung abgelehnt wurden.

Inzwischen scheint übrigens der Finanzminister schon klein beigegeben zu haben. Nach einer Mitteilung des Leipziger Tagblatts werden die Verhandlungen im Reichsrat über die neuen Steuervorlagen von allen Seiten mit einer erfreulichen Bereitwilligkeit und Offenheit geführt; der jüdische Einbruch könne als beigelegt betrachtet werden. Es sei nicht nur ein Vertreter Sachsen's darunter bei den Verhandlungen, sondern der jüdische Finanzminister habe auch seinerseits seine Teilnahme an den weiteren Beratungen angekündigt. Was hingegen die beispiellose Arbeit des Reichsfinanzministers angeht, so meinte der badische Minister, daß man ihre Notwendigkeit im Reichsrat und be-

sonders im Kreise seiner Kollegen anerkenne. Es betrifft eben nicht nur der Wille, sondern auch der Zwang, gewisse gezwungene Arbeiten bis zum Beginn des neuen Jahres zu erledigen, und der Einfluß in diese Notwendigkeit verhältnismäßig wohl niemand. Von einer Opposition gegen den Reichsfinanzminister sei zur Zeit im Reichsrat nichts zu merken.

Aus diesen Mitteilungen eines demokratischen Blattes kann der tatsächliche Finanzminister erneut erkennen, daß er mit seiner Obstruktion weit über das Ziel hinausgeschossen und dabei gänzlich allein geblieben ist — eine Lünette, die er gestern in der Volkskammer noch zu vertheidigen suchte.

#### **Die Bitterfelder Streitslage**

Die Ankündigung aller notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Bereitstellung der technischen Rohstoffe, läuftet eine Spannung des Streitfalls bei Bitterfeld herbeigeführt zu haben. Nachdem noch am Vormittag die Arbeiter unter Androhung eines Generalstreiks der gesamten Arbeiterschaft der chemischen und Kohlenindustrie des Bezirks Bitterfeld die sofortige Zurückziehung des Landesrats gegen den Arbeiter Nahmeforbert hatten, sind sie im Laufe des Nachmittags auf die Zurücknahme des Landesrats nicht weiter zurückgekommen, sondern also diese Forderung fallen gelassen zu haben. In der Beisetzung des Militärbeschäftigten mit den Arbeitern wurde festgelegt, daß die Zurückziehung der Truppen erst erfolgt würde, wenn die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen sei. Nach der Volkskammer, wenn die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft der Amtshof in Wolfsburg und des Elektrowerkes I einen günstigen Verlauf, so daß Hoffnung besteht, den Streit schnell beigelegt.

#### **Die Beschuldigung gegen Oberst Reinhardt**

Berlin, 25. November. Die Deutsche Allg. Ag. stellt gegenüber den Angriffen auf den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister Rose fest, daß der Reichspräsident von den Beschuldigungen, die sich im besonderen gegen den Obersten Reinhardt richten, erst durch die Veröffentlichung der Zukunft erfahren habe. Auch der Reichswehrminister sei über die erwähnten Beschuldigungen nicht unterrichtet gewesen und lege Wert darauf, sich in keiner Weise in das gegen Marlow schwedende Gerichtsverfahren einzumischen.

#### **Beurlaubt**

Berlin, 25. November. Wie wir hören, ist Oberst Reinhardt beurlaubt worden.

## **Clemenceau und die Kriegsgefangenen**

Berlin, 25. November. Dem Vorsitzenden der neuwählten französischen Delegation in Berlin ist es auf sein Schreiben wegen derheimbeleidung des französischen Kriegsgefangenen in Frankreich eine Note übergeben worden, in der es u. a. heißt:

Die französische Regierung hat plausibel etwas anderes verhandelt, als die Behauptungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Sie ist nicht der Friedensvertrag, der von den Deutschen besiegten Gebiete Nordfrankreichs hat, einer Abweichung vom Vertrag zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zugestehen.

Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verhoben, mit der Biederung in Bezug auf die absozialen Taten den Anfang zu machen. Die stiefste Feindseligkeit des menschlichen Herzens führt zu grauen Verlusten, als daß eine Vergleichung mit den von Ihnen erlebten von der französischen öffentlichen Meinung zu gesondern werden könnte.

Doch kommt nicht genug. Deutschland hat durch Unterzeichnung des Friedensvertrags die Herausgabe der Deutschen, die in ihrer Annotheit die Freiheit begonnen haben, auf sich genommen, und jetzt erklärt ihm die Regierung, bevor sie noch mit der Frage beginnt, außerstande, das gegebene Versprechen einzulösen, was die schwersten Folgen haben könnte. Wenn unter Verhüllung des Monats September mit der Zermessung der Gefangenen der Franzosen begonnen haben, so ist dies gelöst, weil die französische Regierung zugestanden hat, dem nicht widerstrebend zu wollen. Kein Verbündeter ist in seinen Gefilden und Ämtern, um sie verletzt zu werden, wie die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würden diese aufnehmen, wenn sie zu den ersten dringenden Arbeiten herangezogen würden materiell wie moralisch durchaus gut behandelten Gefangenen vor dem im Friedensvertrag festgelegten Zeitpunkt des Vertrags Frankreich verlieren. Dies ist um so weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Verhandlung darüber erfolgt ist, unter welchen Bedingungen wieder deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen.

Die deutsche Regierung hat planmäßig die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verzögert, indem sie sich den an sie erreichbaren Erfüllung entzogen und die binabalen Waffenstillstände offen verließ. Es muß Lehrt werden an die Berufung der Note in Scapa Flow, an die vorsätzliche Auslieferung der Schiffe an die Unterhändler beim Waffenstillstand des Sees des Waffenstillstandes zwischen dem Kaiserreich und den baltischen Provinzen trotz allen Aufforderungen des Vertrags abgewichen wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen (und bis jetzt beibehaltenen) zweideutigen Artikel, an die Propaganda, die in Elsass-Lothringen und überall mittels ungeheuer durch die finanzielle Not nicht herabgedrückten Kredite unbedingt gegen die Verbündeten getrieben wird. Mit solchen Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrags, den es am Ende des schamlosen Krieges angenommen hat.

Am 20. August hatte der Oberste Rat der Alliierten der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, in der es heißt:

Um so roh wie möglich die durch den Krieg verursachten Verluste zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Friedensvertrags mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudeterminieren. Die Verhandlungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die alliierten und assoziierten Mächte werden aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, durch die die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

Aus wird kein gerechter Beurteiler behaupten können, daß Deutschland nicht alles getan habe, was in seinen Kräften stand, um seine im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Zum Abschluß der Berichterstattung über die Kriegsgefangenen in Frankreich steht noch die Frage, ob die französischen Mächte gegen den früheren deutschen Kaiser Clemenceau

#### **Gegen Wucherer und Schieber**

Berlin, den 26. November.

Der Volksministerratsausschuß der Nationalversammlung beschäftigte sich heute mit der Verordnung gegen Wucher und Entgleishandel, zu dessen Bekämpfung besonders Wucher eingelegt werden sollen. Für den Bereich eines Landgerichts soll mindestens ein "Wucherperiode" zur schnellen Aburteilung von Wucher und Schieberfällen errichtet werden. Besetzt wird diese Periode mit drei Richtern und zwei Schieden, denen je einer aus dem Kreise der Exzellenz und des Schiedsgerichts gewählt werden soll. Der Demokrat Dr. Blaauw erklärte, trotz manchen Bedenken der Verordnung zustimmen zu wollen. Angeworbene Zeiten verlangten außerordentliche Mittel. Es handelt sich um ein Gegenstück zum Belagerungsstand. Auch diejenigen Zeiten, die für die einheimische Bevölkerung keine Bedeutung haben, sollen auf dem Lande eingeschlossen werden. Der Zeitraum, ab dem Wuchergerichte durch geladen werden, soll dem Ausland entsprechen, sofern die Wuchergerichte nicht vor dem Grund aus vernichten können. Wucherminister Schäffer betonte, daß durch Strafseiten allein nicht alle Nebel der Welt beseitigt werden können. Wenn man den Wucherern und Schiebern keine zu Seine geben, würden ausschließliche Waren und Lebensmittel fehlen. So dann auf dem Boden der sozialen Verhältnisse würden die erhöhten Kosten eine Verarmung der Namen der Wucher und Schieber verursachen. Der Minister stellte in Absicht, daß er sich deswegen mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen werde. — Die Vorlage wurde ohne wesentliche Veränderungen in der Fassung des Regierungsentwurfs genehmigt.

#### **Englisch-russische Verhandlungen**

Kopenhagen, 26. November. Litauen ist gestern nach in Kopenhagen angelangt und hat im Kurz-Hotel Wohnung genommen. Einen Vertreter von Großbritannien erklärte er, daß die Verhandlungen mit der englischen Delegation morgen beginnen würden. Ob auf der Konferenz, die sich etwa 10 Tage erstellen würde, auch die Friedensfrage zur Verhandlung kommen wird, würde sich erst in ihrem Verlauf ergeben.

#### **Die Auslieferung der Schuldigen**

Berlin, 26. November. In der letzten Note, die der deutschen Friedensdelegation überreicht worden ist, wird bestimmt, die deutsche Regierung habe sich außerstande erklärt, die Verantwortung nicht das deutsche Volk, auch nicht die Regierung, sondern eine Gruppe monarchistischer Bonaparte-Politiker, die noch immer nicht begreifen wollen, daß der Krieg verloren und wir auf Gnade und Ungnade der Entente überreicht sind. Ihnen also ist es zu danken, wenn die halbe Million gefangener Brüder auch dieses Weihnachtsfest noch nicht am heimischen Herde feiern.

Doch Clemenceau die Hand haben, die ihm die Staatsmänner bieten, ohne Jürgen ergriffen, darüber wußt niemand zu beruhern, der den "Tiger" kennt. Sein durch hohen Ver schleiterter Bild steht in den Deutschen Menschenbildern, als Kind der Gefangenen, der Jammer ihrer Eltern, Geschwister, Freunde und Kinder führt ihn nicht. Frankreich wird wiederhergestellt werden, das ist sein einziger Gedanke. Er braucht die Freiheit der Gefangenen, darum gibt er sie nicht frei. Normal glaubt er sich dazu im Rechte — vielleicht sogar moralisch —, und sieht wenn dies nicht der Fall wäre: Wer will ihn hindern, Unrecht zu tun, wer ihn zur Erfüllung der Gedanke der Menschlichkeit zwingen?

Wir können es gewiß nicht. Uns bleibt nichts übrig, als immer wieder an das Gewissen der Franzosen, an das Gewissen der Welt zu appellieren, im übrigen aber noch Maßnahmen zu treffen, der den "Tiger" fern zu halten.

Die französische Regierung hat plausibel etwas anderes verhandelt, als die Behauptungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Sie ist auch nicht, so schnell wie möglich erfüllt werden, das ist sein einziger Gedanke. Er braucht die Freiheit der Gefangenen, darum gibt er sie nicht frei. Normal glaubt er sich dazu im Rechte — vielleicht sogar moralisch —, und sieht wenn dies nicht der Fall wäre: Wer will ihn hindern, Unrecht zu tun, wer ihn zur Erfüllung der Gedanke der Menschlichkeit zwingen?

Wir können es gewiß nicht. Uns bleibt nichts übrig, als immer wieder an das Gewissen der Franzosen, an das Gewissen der Welt zu appellieren, im übrigen aber noch Maßnahmen zu treffen, der den "Tiger" fern zu halten.

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Schlußprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung auf folgenden Vorgang angekündigt:

Vor Übergabe der Note, die sich mit